

# Zeitschriften-Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **75 (1983)**

Heft 12: **Arbeitszeitverkürzung**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

## *Argumente für die Friedensbewegung*

Ganz im Zeichen der weltweiten Kampagne «Für einen Frieden ohne Waffen, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Hunger» steht die September-Nummer der vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Köln herausgegebenen «Gewerkschaftlichen Monatshefte». Im ersten Beitrag prangert Ernst Breit den heutigen Rüstungswettlauf an, der weltweit pro Stunde hundert Millionen Franken verschlingt, der es fertig gebracht hat, dass für jeden Menschen drei Tonnen Sprengstoff bereit liegen und gleichzeitig in jeder Stunde fast 2000 Kinder sterben lässt, weil kein Gramm Brot und Reis für sie vorhanden ist. Ernst Breit macht klar, dass ein möglicher Krieg nicht auf einem entlegenen Schlachtfeld ausgefochten wird, sondern in unseren Bereichen. Eine einzige Atombombe mit der Sprengkraft von einer Megatonne, abgeworfen über dem Grossraum Frankfurt, würde 400 000 Menschen sofort töten. Der Autor betont daher die Wichtigkeit der Genfer Verhandlungen: «Die Nato-Nachrüstung würde vermutlich Nach-Nachrüstungsschritte der UdSSR provozieren. Deshalb ist ein Verhandlungserfolg in Genf, der die östliche Vorrüstung beseitigt, die westliche Nachrüstung vermeidet und eine östliche Nachrüstung überflüssig macht, so unverzichtbar.»

Im zweiten Beitrag macht Wilhelm Bittdorf auf die Gefährlichkeit gewisser amerikanischer Pläne aufmerksam. Diese beinhalten die folgenden Überlegungen: «Sollten die Sowjets <amerikanische und alliierte Interessen> militärisch verletzen, zum Beispiel durch Übergriffe in der Ölregion am Persischen Golf, dann müssen sie damit rechnen, dass die USA und ihre

Verbündeten ihre Gegenwehr nicht auf das angegriffene Gebiet beschränken. Dann müssen die Männer im Kreml darauf gefasst sein, dass die Amerikaner die <geographische Ausdehnung> des Konflikts von sich aus erweitern, also neue Kriegsschauplätze an anderen Stellen der west-östlichen Front eröffnen und womöglich einen allgemeinen und globalen Krieg gegen die Sowjetunion und ihre Satelliten entfesseln.»

Der dritte Beitrag stammt von Dieter S. Lutz und ist überschrieben mit «Rüstung und Abrüstung – Kriegsgefahr und Kriegsverhütung». Der Autor stellt darin fest, dass der bisherige Grad relativer strategischer Stabilität angesichts der Rüstungsdynamik in Ost und West gefährdet ist. Wenn auf dem Verhandlungswege keine Barrieren gegen die Erlangung von Kriegsführungsfähigkeiten geschaffen werden können, so bleibt seines Erachtens nur der Weg des einseitigen Verzichts auf nukleare Erstschlagwaffen offen. Lutz bemerkt aber ergänzend, dass auch demjenigen Kontrahenten, der einseitig auf Erstschlagwaffen verzichtet, nach wie vor die unverwundbaren U-Boote, die als Zweitschlagwaffen zur Abschreckung bei weitem ausreichen, zur Verfügung stehen. In zwei weiteren Hauptbeiträgen befassen sich Carola Bielfeldt mit «Aufrüstung und Sozialabbau» und Klaus Mehrens mit «Konversion und Arbeitsplätze».

## *Sonneninsel Sri Lanka im Zwielficht*

Im Laufe dieses Jahres machte Sri Lanka, das frühere Ceylon, Schlagzeilen in unserer Presse. Die in den Reiseprospekten viel gepriesene Ferieninsel wurde zum Schauplatz von Mas-

sakern an der tamilischen Minderheit. Über dieses Geschehen und seine Hintergründe informiert in einfacher, aber doch umfassender Weise J. W. Brügel (London) in Heft 10 des österreichischen Gewerkschaftsorgans *«Arbeit und Wirtschaft»*.

Die Tamilen dürften ungefähr zwanzig Prozent der Bevölkerung Sri Lankas ausmachen. Zwei Millionen «einheimische» Tamilen, so nennt man sie, weil ihre Vorväter ebenso viele tausend Jahre dort gelebt haben wie die Vorfahren der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit, sind mit wenigen Ausnahmen im Osten angesiedelt. Eine weitere Million von Tamilen sind Nachkommen der von den Engländern im vorigen Jahrhundert aus Indien herbeigeschafften Zwangsarbeiter. Sie sind vor allem auf den Teeplantagen im Innern des Landes beschäftigt. Gegen sie richtet sich hauptsächlich der Druck der die Insel regierenden singhalesischen Mehrheit. Man möchte sie wieder nach Indien abschieben. In den Jahren 1964 und 1974 kam es zu zwei empörenden Vereinbarungen zwischen den Regierungen Indiens und Sri Lankas, nach denen 600 000 Tamilen nach Indien abgeschoben werden sollten. Als Gegenleistung versprach man 375 000 Tamilen die entzogene Staatsbürgerschaft Sri Lankas wieder zu verleihen. Das Resultat dieser Vereinbarung ist, dass Indien zwar 400 000 Vertriebene aufnahm, Sri Lanka aber seinen Verpflichtungen nicht nachkam.

Als Gründe für die Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Singhalesen führt Brügel neben dem nationalen Fanatismus auch das religiöse Moment an. Die Tamilen sind der Religion nach Hindus, die Singhalesen meist Buddhisten, und beide Religionen zeichnen sich nicht durch grosse Toleranz aus. Dazu kommt noch der sprachliche Gegensatz. «Nur wenige Singhalesen verstehen tamilisch. Umgekehrt ist es nicht besser, aber man kann auch von

gebildeten Tamilen, deren es viele gibt, kaum verlangen, dass sie neben ihrer Muttersprache und Englisch auch noch die Sprache der Singhalesen lernen, die eine ihnen ganz fremde Schrift hat.» In den Staatsdienst Sri Lankas werden aber nur Personen aufgenommen, die singhalesisch können. Dies führt zu grotesken Situationen. So können zum Beispiel in der Stadt Jaffna im Norden, die fast ausschliesslich von Tamilen bewohnt wird, die Polizisten mit der Bevölkerung nicht sprechen.